



## Bundesbauministerium fördert herausragende Städtebau-Projekte mit 50 Millionen Euro

Bundesbauministerium fördert herausragende Städtebau-Projekte mit 50 Millionen Euro  
Mit dem neuen Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus" stellt das Bundesbauministerium erstmals erhebliche Bundesmittel zur Verfügung, um herausragende Projekte des Städtebaus auszuzeichnen und zu fördern. Insgesamt 50 Millionen Euro stehen für investive und konzeptionelle Projekte mit besonderer nationaler Wahrnehmbarkeit, hoher Qualität, überdurchschnittlichem Investitionsvolumen oder hohem Innovationspotenzial bereit. Förderschwerpunkte der ersten Förderperiode sind Denkmalensembles und bauliche Kulturgüter von nationalem Rang (z.B. UNESCO-Welterbe), energetische Maßnahmen im Quartier und Grün in der Stadt. Auf den Projektaufruf des Bundes an Städte und Gemeinden sind bis zum 22. September 2014 rund 270 Projektanträge mit einem beantragten Fördervolumen von mehr als 900 Millionen Euro eingegangen. Bundesministerin Barbara Hendricks betonte: "Die überaus große Resonanz auf den Projektaufruf des Bundes hat alle Erwartungen übertroffen. Die Vielzahl der Anträge hat deutlich gemacht, dass es in Städten und Gemeinden ein großes Potenzial an herausragenden Maßnahmen des Städtebaus gibt, die weit über die Region hinauswirken und Impulskraft für die Städtebauförderung insgesamt haben. Diese Projekte wollen wir herausstellen und ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken." Eine vom Bundesbauministerium berufene Jury aus Mitgliedern des Deutschen Bundestages und Experten verschiedener Fachdisziplinen hat am 10. November 2014 unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Florian Pronold 21 "Premium-Projekte" aus der großen Zahl der Anträge ausgewählt. Die von der Jury vorgeschlagenen Förderprojekte repräsentieren dabei die gesamte Bandbreite und die unterschiedlichsten Herausforderungen der Städtebauförderung: So finden sich neben UNESCO-Welterbestätten auch technische Denkmale der Industriekultur, bauliche Zeugnisse aus der NS-Zeit, historische Gartenanlagen, öffentliche Räume oder energetische Maßnahmen im Quartier auf der Liste der Förderprojekte (siehe Anhang). Angesichts der immensen Nachfrage konnte nur ein Teil der Anträge in die Förderung aufgenommen werden. Die Bundesregierung beabsichtigt daher, das Programm im kommenden Haushaltsjahr fortzuführen. Der Jury unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Florian Pronold gehörten an: Christian Haase MdB, Kai Wegner MdB, Dr. Anja Weisgerber MdB, Michael Groß MdB, Hiltrud Lotze MdB, Kerstin Kassner MdB, Christian Kühn MdB, Prof. Dr. Jörg Haspel, Präsident des Deutschen Nationalkomitees ICOMOS, Andrea Gebhard, ehem. Präsidentin bdla, Prof. Dipl.-Ing. Christa Reicher, TU Dortmund, Ulli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg, Prof. Dr. Werner Durth, TU Darmstadt, Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk, Stadtbaurätin München, Martin zur Nedden, Wiss. Direktor Difu. Eine Tabelle mit den geförderten Kommunen finden Sie auf unserer Internetseite.  
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)  
Stresemannstraße 128 - 130  
10117 Berlin  
Telefon: 030 18 305-0  
Telefax: 030 18 305-2044  
Mail: [presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)  
[www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pinr\\_=581622](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=581622) width="1" height="1">

### Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

[presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

[presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.